

foodwatch e.v. · brunnenstraße 181 · d-10119 berlin

Vorab per E-mail: post@senbjf.berlin.de

Senatorin für Bildung, Jugend und Familie
Frau Sandra Scheeres
Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin

Berlin, 15. August 2018

Offener Brief: Schulmilchprogramm, Schulverpflegung und Werbung/Sponsoring an Schulen

Sehr geehrte Frau Senatorin,

angesichts der verbreiteten Fehlernährung und der damit verbundenen gesundheitlichen Folgen gilt die Förderung gesunder Ernährung gerade bei Kindern und Jugendlichen als gesellschaftlich anerkanntes, politisches Ziel. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir die Ausgestaltung des EU-Schulmilchprogramms in Berlin, die in Ihrer Verantwortung liegt.

15 Prozent der Kinder und Jugendlichen gelten als übergewichtig – ein wesentlicher Grund dafür ist eine unausgewogene Ernährung. Besonders der zu hohe Konsum gezuckerter Lebensmittel wird von Ernährungswissenschaftlern, Ärzten und etwa der Weltgesundheitsorganisation gleichermaßen bemängelt. Aus gutem Grund sehen die offiziellen, von der Bundesregierung initiierten Qualitätsstandards für die Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) keine Abgabe von Milchgetränken mit Zuckerzusatz an Schüler vor.

Vor diesem Hintergrund ist es inakzeptabel, dass in Berlin weiterhin der Konsum gezuckerter Milchmischgetränke wie Kakao oder Vanillemilch mit staatlichem Geld gefördert wird. Mit Ihrer Politik leisten Sie der Fehlernährung von Kindern Vorschub, anstatt sie zu verhindern.

Es ist richtig darauf hinzuwirken, die Kalziumaufnahme von Kindern zu erhöhen. Doch weder ist Milch dafür das einzig geeignete Lebensmittel, noch ist es im Sinne der Gesundheitsförderung, Kinder über gezuckerte Produkte zu einer höheren Kalziumaufnahme zu bewegen. Genauso wenig wäre es eine gute Idee, den Konsum von Obst durch das Angebot von Obsttorte fördern zu wollen. Geeigneter dafür wäre die Teilnahme am Schulobstprogramm der EU – das wiederum ist in Berlin jedoch nicht vorgesehen.

Mit der jüngsten Reform des Schulmilchprogramms hat die Europäische Union aus Fehlern der Vergangenheit gelernt: Grundsätzlich soll nur noch Milch ohne Zuckerzusatz gefördert werden. In der maßgeblichen Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates (VO 2016/791) wird ausdrücklich auf die „Zunahme der Zahl fettleibiger Kinder aufgrund von Ernährungstrends, bei denen in erster Linie stark verarbeitete Nahrungsmittel verzehrt werden, denen zudem oftmals hohe Mengen von Zucker, Salz, Fett oder Zusatzstoffen zugesetzt sind“, weshalb das Programm „stärker zur Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten“ beitragen sollte. Das macht es umso unverständlicher, dass Berlin als eines von nur vier Bundesländern in Deutschland vom Grundsatz „Kein Zuckerzusatz“ abweicht und eigens veranlasst hat, gezuckerte Milchgetränke an den Schulen des Landes doch zuzulassen.

Den Einfluss der Milchwirtschaft auf ein vorgeblich der Gesundheitsförderung dienendes Förderprogramm sehen wir äußerst kritisch. Es ist bemerkenswert, dass genau die vier Bundesländer, die abweichend vom Grundsatz der EU Zuckerzusätze im Schulmilchprogramm zugelassen haben, auch jene vier Länder sind, deren Schulen unter anderem vom Unternehmen FrieslandCampina („Landliebe“) beliefert werden. Es ist zudem das absolut falsche Signal, dass die Umsetzung des EU-Schulmilchprogrammes für Berlin und Brandenburg in der Zuständigkeit des Brandenburger Landesamtes für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) ist, zu dessen Aufgaben u.a. die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen – aber gerade nicht der gesunden Ernährung gehören.

Mehr noch: Auf Anfrage von foodwatch, weshalb in Berlin und Brandenburg gezuckerte Milchprodukte für das Schulmilchprogramm eigens zugelassen werden, verwies das LELF auf eine „Kakao-Studie“. Als „Beleg“ erhielten wir dann keine Studie, sondern einen PR-Newsletter des „Informationsbüro Schulmilch“ mit zahlreichen Verweisen auf das „Netzwerk Schulmilch“ – hinter beiden Initiativen steckt ausgerechnet die Landliebe Molkereiprodukte GmbH.

Zusammengefasst:

Der Zuckerkonsum von Kindern ist zu hoch und hat fatale gesundheitliche Auswirkungen. Die EU will mit ihrem Schulmilchprogramm nur Trinkmilch ohne Zuckerzusatz fördern. Gezuckerte Milchprodukte widersprechen den offiziellen Qualitätsstandards für Schulverpflegung. Sie ignorieren all dies, und fördern auf Steuerzahlerkosten die Abgabe gezuckerter Milchprodukte an Ihren Schulen und verweisen zur Begründung auch noch auf die von den Fördergeldern profitierende Industrie – das ist eine unerträglich falsche Politik.

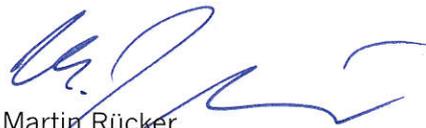
Wir fordern Sie auf, Ihrer Verantwortung für eine gesunde Schulverpflegung gerecht zu werden und das Schulmilchprogramm schnellstmöglich zu korrigieren, so dass der Zusatz von Zucker ausgeschlossen ist. Es muss bei der Schulverpflegung um die Gesundheit der Kinder gehen und nicht um Absatzförderung für Unternehmen und Milchwirtschaft!

In der Verantwortung der Bundesländer liegt darüber hinaus eine Reihe weiterer Aufgaben, die zu einer Förderung einer ausgewogenen Ernährung von Kindern beitragen. Hier gilt es, Versäumtes nachzuholen – die wichtigsten Punkte: Machen Sie die DGE-Qualitätsstandards endlich zur Pflicht an *allen* Kindergärten und Schulen in Berlin – hierauf aus Kostengründen zu verzichten bedeutet Sparen am falschen Ende. Und schließen Sie es für alle schulischen und vorschulischen Einrichtungen konsequent aus, dass Lebensmittelunternehmen mit Werbe- und Sponsoringmaßnahmen direkt oder indirekt versuchen, Kinder zum Konsum unausgewogener Produkte zu verführen. Schulen und Kindergärten müssen geschützte Räume werden, in denen ein ausgewogenes Ernährungsangebot garantiert ist und schädliche Einflüsse von Unternehmen ausgeschlossen sind!

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Huizinga
Leiter Recherche und Kampagnen



Martin Rücker
Geschäftsführung

foodwatch e.v. · brunnenstraße 181 · d-10119 berlin

Vorab per E-mail: poststelle@senjustva.berlin.de

Senator für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung
Herrn Dr. Dirk Behrendt
Salzburger Straße 21-25
10825 Berlin

Berlin, 15. August 2018

Offener Brief: Schulmilchprogramm, Schulverpflegung und Werbung/Sponsoring an Schulen

Sehr geehrter Herr Senator,

angesichts der verbreiteten Fehlernährung und der damit verbundenen gesundheitlichen Folgen gilt die Förderung gesunder Ernährung gerade bei Kindern und Jugendlichen als gesellschaftlich anerkanntes, politisches Ziel. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir die Ausgestaltung des EU-Schulmilchprogramms in Berlin, die in Ihrer Verantwortung liegt.

15 Prozent der Kinder und Jugendlichen gelten als übergewichtig – ein wesentlicher Grund dafür ist eine unausgewogene Ernährung. Besonders der zu hohe Konsum gezuckerter Lebensmittel wird von Ernährungswissenschaftlern, Ärzten und etwa der Weltgesundheitsorganisation gleichermaßen bemängelt. Aus gutem Grund sehen die offiziellen, von der Bundesregierung initiierten Qualitätsstandards für die Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) keine Abgabe von Milchgetränken mit Zuckerzusatz an Schüler vor.

Vor diesem Hintergrund ist es inakzeptabel, dass in Berlin weiterhin der Konsum gezuckerter Milchmischgetränke wie Kakao oder Vanillemilch mit staatlichem Geld gefördert wird. Mit Ihrer Politik leisten Sie der Fehlernährung von Kindern Vorschub, anstatt sie zu verhindern.

Es ist richtig darauf hinzuwirken, die Kalziumaufnahme von Kindern zu erhöhen. Doch weder ist Milch dafür das einzig geeignete Lebensmittel, noch ist es im Sinne der Gesundheitsförderung, Kinder über gezuckerte Produkte zu einer höheren Kalziumaufnahme zu bewegen. Genauso wenig wäre es eine gute Idee, den Konsum von Obst durch das Angebot von Obsttorte fördern zu wollen. Geeigneter dafür wäre die Teilnahme am Schulobstprogramm der EU – das wiederum ist in Berlin jedoch nicht vorgesehen.

Mit der jüngsten Reform des Schulmilchprogramms hat die Europäische Union aus Fehlern der Vergangenheit gelernt: Grundsätzlich soll nur noch Milch ohne Zuckerzusatz gefördert werden. In der maßgeblichen Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates (VO 2016/791) wird ausdrücklich auf die „Zunahme der Zahl fettleibiger Kinder aufgrund von Ernährungstrends, bei denen in erster Linie stark verarbeitete Nahrungsmittel verzehrt werden, denen zudem oftmals hohe Mengen von Zucker, Salz, Fett oder Zusatzstoffen zugesetzt sind“, weshalb das Programm „stärker zur Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten“ beitragen sollte. Das macht es umso unverständlicher, dass Berlin als eines von nur vier Bundesländern in Deutschland vom Grundsatz „Kein Zuckerzusatz“ abweicht und eigens veranlasst hat, gezuckerte Milchgetränke an den Schulen des Landes doch zuzulassen.

Den Einfluss der Milchwirtschaft auf ein vorgeblich der Gesundheitsförderung dienendes Förderprogramm sehen wir äußerst kritisch. Es ist bemerkenswert, dass genau die vier Bundesländer, die abweichend vom Grundsatz der EU Zuckerzusätze im Schulmilchprogramm zugelassen haben, auch jene vier Länder sind, deren Schulen unter anderem vom Unternehmen FrieslandCampina („Landliebe“) beliefert werden. Es ist zudem das absolut falsche Signal, dass die Umsetzung des EU-Schulmilchprogrammes für Berlin und Brandenburg in der Zuständigkeit des Brandenburger Landesamtes für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) ist, zu dessen Aufgaben u.a. die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen – aber gerade nicht der gesunden Ernährung gehören.

Mehr noch: Auf Anfrage von foodwatch, weshalb in Berlin und Brandenburg gezuckerte Milchprodukte für das Schulmilchprogramm eigens zugelassen werden, verwies das LELF auf eine „Kakao-Studie“. Als „Beleg“ erhielten wir dann keine Studie, sondern einen PR-Newsletter des „Informationsbüro Schulmilch“ mit zahlreichen Verweisen auf das „Netzwerk Schulmilch“ – hinter beiden Initiativen steckt ausgerechnet die Landliebe Molkereiprodukte GmbH.

Zusammengefasst:

Der Zuckerkonsum von Kindern ist zu hoch und hat fatale gesundheitliche Auswirkungen. Die EU will mit ihrem Schulmilchprogramm nur Trinkmilch ohne Zuckerzusatz fördern. Gezuckerte Milchprodukte widersprechen den offiziellen Qualitätsstandards für Schulverpflegung. Sie ignorieren all dies, und fördern auf Steuerzahlerkosten die Abgabe gezuckerter Milchprodukte an Ihren Schulen und verweisen zur Begründung auch noch auf die von den Fördergeldern profitierende Industrie – das ist eine unerträglich falsche Politik.

Wir fordern Sie auf, Ihrer Verantwortung für eine gesunde Schulverpflegung gerecht zu werden und das Schulmilchprogramm schnellstmöglich zu korrigieren, so dass der Zusatz von Zucker ausgeschlossen ist. Es muss bei der Schulverpflegung um die Gesundheit der Kinder gehen und nicht um Absatzförderung für Unternehmen und Milchwirtschaft!

In der Verantwortung der Bundesländer liegt darüber hinaus eine Reihe weiterer Aufgaben, die zu einer Förderung einer ausgewogenen Ernährung von Kindern beitragen. Hier gilt es, Versäumtes nachzuholen – die wichtigsten Punkte: Machen Sie die DGE-Qualitätsstandards endlich zur Pflicht an *allen* Kindergärten und Schulen in Berlin – hierauf aus Kostengründen zu verzichten bedeutet Sparen am falschen Ende. Und schließen Sie es für alle schulischen und vorschulischen Einrichtungen konsequent aus, dass Lebensmittelunternehmen mit Werbe- und Sponsoringmaßnahmen direkt oder indirekt versuchen, Kinder zum Konsum unausgewogener Produkte zu verführen. Schulen und Kindergärten müssen geschützte Räume werden, in denen ein ausgewogenes Ernährungsangebot garantiert ist und schädliche Einflüsse von Unternehmen ausgeschlossen sind!

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Huizinga
Leiter Recherche und Kampagnen



Martin Rücker
Geschäftsführung